

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

112 (17.5.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 50 3 Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 3. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Wirkung von Lloyd Georges Rede in den Ententeländern Sozialdemokratie und Gegenwartsstaat

Von Dr. Werner Peifer

Die große Rede, die Lloyd George am Freitag im englischen Unterhause über Polen und Oberschlesien gehalten hat, hat in Frankreich ungeheure Erregung hervorgerufen. Herr Briand, der offenbar sofort begriffen hat, daß diese Rede und gar erst ihre folgende Fatale der englischen Politik ihm gefährlich werden können, hat sich umgehend dem Vertreter des scharfmacherischen „Temps“ gegenüber geäußert und versucht, die Rede des englischen Premieriers als auf mißverständliche Verichterstattung aus Oberschlesien zurückzuführen. Ein Teil der Pariser Presse bricht in ganz offene Drohungen aus und erklärt, daß Frankreich nicht dulden werde, daß Oberschlesien den polnischen Räuberbanden wieder entrissen werde. Bemerkenswert ist die an anderer Stelle wiedergegebene Meldung über den Beschluß der französischen Gewerkschaften gegen die Gewaltpolitik der Entente. Wenn wir auch die numerische Schwäche der französischen Gewerkschaften kennen, ebenso die heutige totale Einflußlosigkeit der französischen Sozialisten infolge ihrer unruhigen Radikalinstabilität, so darf immerhin die Kundgebung beachtet werden. Die englische Presse scheint, soweit Meldungen bisher vorliegen Lloyd George zuzustimmen, ebenso kommen aus Italien Meldungen der gleichen Art. Für Deutschland wie für die Lösung der zu einer großen Gefahr für ganz Europa gewordenen ober-schlesischen Frage, ist es von entscheidender Bedeutung, ob England auch bereit ist, den Worten seines Premierministers auch Taten folgen zu lassen, die der von den Worten gewöhnlichen Nachklang folgen. Ebenso wird von größter Bedeutung sein, wie Amerika sich zur Regelung der ober-schlesischen Angelegenheit stellt. Wir in Deutschland werden demselben auf dem Wege der Auseinandersetzung der französischen Nationalisten mit Lloyd George in referierender Stellung zu folgen. Aus dem reichhaltigen Nachrichtenmaterial lassen wir das nachstehende folgen:

Briands Erklärung

Paris, 14. Mai. Ministerpräsident Briand erklärte als Antwort auf die Rede Lloyd Georges im Unterhause einem Vertreter des „Temps“, der Auszug aus der Rede des englischen Premierministers, den er beiseite, sei zu unvollständig, als daß er ein endgültiges Urteil abgeben könne. Er sei jedoch nicht erstaunt gewesen, daß der französische Standpunkt von dem Lloyd Georges wesentlich abweiche. Der englische Standpunkt werde beeinflusst von der Ansicht des britischen Kommissars in Oberschlesien, die von der Ansicht des französischen Vertreters und auch in gewisser Beziehung von der des italienischen Kommissars abweiche. Es sei sicher ein Irrtum gewesen, von der Kommission in drei oder vier Tagen einen Bericht über eine so heikle Frage zu verlangen, der erst in Angriff hätte genommen werden können, nachdem das Ergebnis der Abstimmung der Gemeinde für die endgültige Entscheidung bestimmt werden können. Briand betritt den Standpunkt, daß das Urteil noch vollständig wieder zugemacht werden könne, denn die internationalisierte Kommission habe ihre volle Pflicht getan, ohne in irgend einer Weise mit den Aufständischen zu verhandeln (?), noch einen Waffenstillstand mit ihnen abzuschließen, wie es die tendenziöse deutsche Propaganda, die die Welt übersüete, gesagt habe.

Paris, 14. Mai. Philipp Millet veröffentlicht aus Anlaß der Rede Lloyd Georges einen heftigen Artikel im „Petit Parisien“. Lloyd Georges behaupte, in Oberschlesien sei die deutsche Bevölkerung autochthon und die polnische Bevölkerung sei von außerhalb gekommen. Dadurch spiele er das Spiel Deutschlands, nicht das der Wahrheit! Der zweite Irrtum liege darin, daß Lloyd George gesagt habe, er sehe keinen Grund, der die Alliierten hindern könnte, Deutschland zu erniedrigen, sein Heer anzuwenden, um die Ruhe in seiner eigenen Provinz herzustellen. Lloyd George habe sich von der verhängnisvollen Wirkung eines bezugslosen Kartellgesetzes in Frankreich keine Rechenschaft abgelegt. Ferner behaupte er, Lord d'Abernon habe Deutschland die sofortige Räumung der drei Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg in Aussicht gestellt. Dieser Schritt sei unternommen worden, ohne daß Frankreich vorher gefragt worden sei. Die Initiative sei von der englischen Regierung ausgegangen, weil sie mit aller Macht den für England unerlässlichen wirtschaftlichen Frieden wiederherstellen wolle. Durch das unklare Vorgehen aber rufe man nur gefährliche Einflüsse für die Zukunft der französisch-englischen Entente hervor.

Paris, 14. Mai. Im „Echo de Paris“ führt Vertin aus, Lloyd George habe eine glänzende Gelegenheit zu schmerzlichen Überlegenheiten lassen. Er wollte Frankreich vor ein diplomatisches Fait accompli stellen, aber Frankreich nimmt es nicht hin, daß man ihm die Hände binden wolle, und erwartet, daß seine Vorkämpfer mit lauter Stimme erklären werden, daß es nicht dulden werde, daß irgend ein Teil des ober-schlesischen Industriegebietes seinen polnischen Alliierten entzogen werde. Der Friedensvertrag werde nur insoweit erfüllt werden, als die Ruhe bezw. Oberschlesien im Bereiche Frankreichs und Polen verbleibe. Die Gebuld Frankreichs sei auf der Londoner Konferenz auf die gefährlichste Probe gestellt worden. Man habe Frankreich zeitweilig seines unentbehrlichen Bundes beraubt und nunmehr zögere man nicht, vor Frankreich das Bild eines Deutschlands zu entwerfen, das seine Revanche in Opyeln und Kattowitz vorberete.

Im „Journal“ heißt es: „Die Rede beweise, daß die Londoner Vereinbarungen nicht aus innerer Ueberzeugung zustande gekommen seien. Lloyd George habe seine Revanche genommen, weil er in der Frage der Reparationen von Briand zum Nachdenken veranlaßt worden war.“

„Seine Dummheiten!“ Frankreich habe das Recht, den Verbündeten seine Wünsche vorzutragen und diese von der Richtigkeit seiner Taten zu überzeugen. Aber wenn dieser Versuch nicht gelinge, müsse Frankreich sich vor der Mehrheit beugen.

Englische Pressestimmen

London, 14. Mai. Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien im Unterhause nennt „Daily Express“ eheulich und staatsmännisch. Die Polen hätten sich der größten Unabständigkeit gegen die Alliierten schuldig gemacht und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen, für das sie zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Polen müsse ein für allemal darüber belehrt werden, daß es als Unruhstifter in Europa keine Zukunft habe.

„Daily Chronicle“ schreibt, die Lage in Oberschlesien sei für die Alliierten erdrückend und auch besorgniserregend. Die Alliierten seien jedoch selbst nicht frei von Schuld. Der Hauptgrund sei, daß sie bisher nicht in der Lage gewesen seien, über die ober-schlesische Grenze sich untereinander zu einigen. Das Blatt tritt dafür ein, daß London und Paris so schnell wie möglich zusammenkommen und untereinander eine endgültige Formel ausarbeiten.

„Daily News“ schreiben, es beständen maßgebende Beweise für die vorläufige Wegerung der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten in einem Augenblick, wo das noch hätte geschehen können. In einem Pariser Blatt habe sogar, daß die französische Regierung beschließen habe, den Industriebezirk Oberschlesiens Polen zuzuwenden, und wenn die anderen Alliierten diesen Beschluß nicht annehmen, würden Briand und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rates nicht teilnehmen.

Energetische diplomatische Schritte Italiens

Rom, 14. Mai. Der italienische Gesandte in Warschau unternahm bei der polnischen Regierung energetische Schritte wegen des ober-schlesischen Aufstandes und forderte Entschädigung für die gefallenen Soldaten. Forza drückte in einem Interview gegenüber dem Vertreter des „United Telegraph“ die Ueberzeugung aus, daß die Annahme des Ultimatus durch Deutschland die vorherigen Sanktionen hinfällig mache. Die durch den Polenaufstand geschaffene tatsächliche Lage in Oberschlesien sei absolut einflußlos auf die Entscheidung der Verbündeten.

Rom, 14. Mai. Die „Idea Nazionale“ hält dem Grafen Giorgio Lloyd Georges Rede als ein Muster politischer Genialität und Energie vor. Solche männliche Worte hätte vor allen der Augenmutter Italiens, das in Oberschlesien härteste Verluste an Blut und Ansehen erlitten habe, predigen und gleichzeitig die Ausführung des Friedensvertrages programmatisch proklamieren sollen. Denn letzteres sei, wie Lloyd George richtig hervorgehoben habe, keineswegs französisches Monopol. Die französische Presse müsse, sagt Lloyd George angreifen, endlich einsehen, daß Frankreich genau wie seine anderen Partner durch den Vertrag gebunden sei und diesen nicht willkürlich abändern könne.

Lloyd George unter französischer Zensur

Kreslan, 14. Mai. Die Rede Lloyd Georges ist vom Leipziger französischen Zensur in den Leipziger deutschen Zeitungen demnach rechtlich geblieben worden. Ferner wurde heute die demokratische „Oberschlesische Landzeitung“ verboten, weil sie eine wahrheitsgemäße Nachricht über die Bewaffnung polnischer Kollaboranten durch das französische Militär gebracht hätte. Die ober-schlesische „Organisierung“ Karfanth soll angeklagt auch verboten worden sein, doch kümmert sie sich um das Verbot nicht und ist auch heute erschienen.

England und Frankreich und die Zwangsmassnahmen

London, 14. Mai. Der Leiter der britischen Presse, Lord Curzon, erklärte, während die Alliierten bisher zu keiner Entscheidung bezüglich der Deutschland nach der Londoner Konferenz im März auferlegten Zwangsmassnahmen gekommen sind, er für Reuters Berichterstatter, daß die britische Regierung im Hinblick auf die Annahme des Ultimatus der Alliierten durch Deutschland für die Aufhebung der Zwangsmassnahmen ist; besonders über die Abreise und die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sei ein Meinungsaustrausch zwischen den Alliierten im Gange.

Ein Telegramm des Berliner Berichterstatters von Reuters erklärt, daß die britische Regierung einer Aufhebung der im Verfolg der Londoner Konferenz im März verhängten Zwangsmassnahmen günstig gestimmt. Der diplomatische Mitarbeiter von Dumas glaubt zu wissen, daß die französische Regierung ganz im Gegensatz hierzu Anhänger der Beibehaltung dieser Massnahmen ist, welche gemeinsam in London beschlossen wurden, und daß sie diese ihre Auffassung in London bekanntgegeben hat.

Die Verluste der Ententetruppen in Oberschlesien

Paris, 14. Mai. Nach einer Spasmeldung aus Opyeln haben die alliierten Streitkräfte in Oberschlesien folgende Verluste zu verzeichnen: Franzosen drei Tote und 7 Verwundete, Italiener 20 Tote, darunter ein Offizier, und 40 Verwundete, darunter zwei Offiziere. Ferner wurde ein englischer Polizeifergeant getötet.

Die Gewerkschaften an die Entente wegen Oberschlesien

W.B. Berlin, 14. Mai. Die drei großen Gewerkschaftsrichtungen der deutschen Arbeitnehmerschaft haben, getragen von der Sorge, daß das deutsche Oberschlesien zu einem Teil den Polen zugeprochen werden könnte, entsprechende Schritte bei den Berliner Vertretungen von England, Frankreich und Italien unternommen.

Probleme der sozialistischen Theorie und Praxis, die bis zum Weltkriege bezw. noch bis zur Revolution Gegenstand unablässiger Erörterung in der Sozialdemokratie bildeten, gelangen heute nicht mehr zur Diskussion, teils weil die Ueberfülle aktueller Gegenwartsforderungen und Tagesereignisse eine theoretische Unterjochung erschwert, teils weil einige der umstrittenen Fragen durch die Revolution ihre praktische Lösung gefunden haben. Der Streit, der in der Sozialdemokratie jahrzehntelang um die Frage: Revisionismus oder Radikalismus? geführt wurde, und als dessen hauptsächlichste Vertreter E. Bernstein auf der einen, Karl Kautsky auf der anderen Seite gelten, sind seit einiger Zeit nicht mehr aufs Tapet gebracht, ohne daß eine positive Lösung in dem einen oder anderen Sinne erfolgt wäre. Bei der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im März 1916, von der sich die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ abspaltete, die sich später den Namen „Unabhängige Sozialdemokratie“ zulegte, glaubte man feststellen zu können, daß nunmehr eine klare Scheidung erfolgt sei: der oberflächlichen Betrachtung schien es, als gehörten die Vertreter des Radikalismus der U.S.D., die des Revisionismus der S.P.D. an. In Wirklichkeit war dies nicht der Fall, wie das Beispiel des Genossen Bernstein bewies, der sich obwohl man ihn als „Vater des Revisionismus“ bezeichnete, der U.S.D. eine Zeitlang anschloß. Es zeigte sich eben, daß die Partispaltung nicht aus prinzipiellen Erwägungen erfolgt war, sondern daß die taktische Frage der Bewilligung der Kriegskredite Anlaß zu der Spaltung gegeben hatte, die mit prinzipiellen Erörterungen wenig oder nichts zu tun hatte.

Die grundsätzlichen Fragen sind also nicht gelöst, und wenn heute die Kommunisten behaupten, Sachwalter des Marxischen Erbes und alleinige Vertreter des konsequenten Klassenkampfgedankens zu sein, so erhebt sich links von ihnen ein neuer Gegner, der wiederum die Anwartschaft auf den prinzipiell reinen Radikalismus im Besitz zu haben behauptet. Es zeigt sich also, daß die Sozialdemokratie keineswegs grundsätzlichen Erörterungen aus dem Wege gehen darf, mit denen sie sich vor dem Kriege beschäftigte, umoweniger, als sie durch Lage der Dinge zu einer praktischen Stellungnahme einer Reihe bisher lediglich theoretisch erörterter Fragen gegenüber gezwungen wurde.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem Gegenwartsstaat in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriege war noch verhältnismäßig einfach. Man bekämpfte die heutige Gesellschaftsform als eine kapitalistische, und dieser Kampf fand bei den Statdebatten im Reichstag mit dem Satz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ seinen äußeren Ausdruck. In dieser beguemen Lage befindet sich die Sozialdemokratie heute nicht mehr. Wenn von kommunistischer Seite der Vorwurf gegen sie erhoben wird, sie sei ihrem Prinzip der Staatsbekämpfung untreu geworden, so darf einmal darauf hingewiesen werden, daß die Sozialdemokratie dem Staatsgedanken als solchen durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, ja daß der Sozialismus und seine Gesellschaftsform in gewissem Sinne eminent „staats-erhaltend“ sind, ferner daß die Revolution Verhältnisse geschaffen hat, die berücksichtigt werden müssen und daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu der bürgerlichen Reaktion sehr eingehend die Revolution als Faktor in ihre politischen Handlungen einbezieht.

Grundsätzlich ist unsere Stellungnahme folgende: Der gegenwärtige Staat — in diesem Zusammenhang ist nur von deutschen Verhältnissen gesprochen — hat anstelle der konstitutionellen Monarchie den demokratischen Parlamentarismus oder die parlamentarische Demokratie. Die Sozialdemokratie hat die Reichsverfassung, wie die preussische Verfassung angenommen, ja sie hat wesentlich an ihrem Zustandekommen mitgearbeitet und so ist es eine selbstverständliche Konsequenz, daß sie an dem Schutz dieser Verfassung interessiert ist. Die Sozialdemokratie ist durch die idealistische Entwicklungslehre Hegels, die von Marx aufgenommen und nach der materialistischen Richtung hin umgestaltet wurde, staatsphilosophisch geschult genug, um den relativen Charakter aller staatlichen wie menschlichen Einrichtungen überhaupt zu kennen. Sie weiß, daß Verfassungen, wie sie nicht für die Ewigkeit geschaffen sind, so auch nicht in Ewigkeit bestehen. Man braucht nicht unablässig das Schlagwort von dem Uebergangsscharakter unserer Zeit zu betonen — jede Zeit ist Uebergangszeit in dem Sinne, als sie die Brücke von einer Epoche zur anderen Epoche bildet — um genügend klar zu sehen, daß die gegenwärtigen deutschen Verfassungen gleichfalls nur Sprungbretter für eine Neugestaltung der Dinge sind. Wie das Betriebsrätegesetz den Anfang einer neuen Wirtschaftsreform bildet, wie die Wählbarkeit des Reichspräsidenten einen Bruch mit der Vergangenheit darstellt, so bedeutet die Verfassung eine Abgabe an die alte, einen Wink für die neue Zeit. Diese bedarf einer Institution, auf der sie sich aufbauen, aus der sie herauswachsen kann, und von diesem Gesichtspunkte aus ist

es nicht mehr möglich, mit dem alten Schema von der Negation des Staates auszukommen, sondern wir müssen im Wege der Dringlichkeit allmählich uns zu einer — um wiederum mit Hegel zu sprechen — „Negation dieser Negation“ hinaufentwickeln, damit die neue künftige Form Lebensmöglichkeit erhält.

Heraus ergibt sich unsere Stellungnahme zum Gegenwartsstaat und seinen Problemen. Wir bekämpfen ihn, weil und soweit er kapitalistisch ist; wir anerkennen ihn, soweit wir in ihm schon die Formen angeeignet haben, die mit einem Inhalt zu erfüllen, Aufgabe kommender Geschlechter ist. Eine Ablehnung der demokratischen Republik — für die auch wir nicht schwärmen — käme einer Politik zugute, die die Demokratie grundsätzlich ablehnt, und die gegen das Proletariat gerichtet ist: der Politik der bürgerlichen Reaktion. Den Kompromißcharakter, den die mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande gekommenen staatlichen Neubildungen an der Seite tragen, beklagen auch wir, und es bedarf keiner höhnischen Hinweise der Kommunisten, um uns hierüber aufzuklären. Heute ist es jedoch mit ausschließlicher Kritik nicht mehr getan. Die positive Arbeit hat genügend Möglichkeiten, um an allen Ecken und Enden ihre Hebel anzusetzen, und es wäre ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterklasse, wenn die Sozialdemokratie diese ihre große Aufgabe auch nur einen Augenblick verkennen würde. Das hat natürlich nichts damit zu tun, daß die Umstände dazu führen können, die Partei auf längere oder kürzere Zeit in die Opposition zu drängen, wie es gegenwärtig in Preußen geschehen ist. Die kritische und ablehnende Haltung dient auch hier letzten Endes zum Nutzen der Arbeiterklasse und ist weit fruchtbringender als eine noch so „brinzipienfeste“ Ablehnung durch die Kommunisten.

Unsere Stellungnahme zum Gegenwartsstaat bedeutet nicht seine begeisterte Anerkennung. Der Kapitalismus ist nach wie vor unser Feind. Wir glauben, ihn aber nicht dadurch wirksam bekämpfen zu können, daß wir uns in eine Ecke stellen und ihn mit ablehnender Miene betrachten, sondern dadurch, daß wir ihn anpacken, wo immer er uns begegnet. Durch unsere Arbeit im Sinne der Demokratie und des Parlamentarismus graben wir dem kapitalistischen Gegenwartsstaat das für seine Existenz auf die Dauer notwendige Wasser ab. Die Entwicklung im Kosmos geht nicht sprunghaft, die Entwicklung in der Gesellschaft ebensowenig; aber durch dauernde Mitarbeit an den Aufgaben des Gegenwartsstaates, durch Kritik und durch Aufbau, durch Ablehnung und durch Neuschaffung können wir das Ziel beschleunigen, das der Sozialdemokratie von jeher vor Augen schwebte: die Errichtung der sozialdemokratischen Gesellschaft.

Reichstagsauflösung?

Der 10. Mai dieses Jahres wird in der Geschichte der deutschen Republik eine besondere Rolle spielen. Welchen Verlauf auch die politische Entwicklung der nächsten Zukunft nehmen wird, soviel steht fest, daß am 10. Mai ein Abschnitt der neuesten deutschen auswärtigen Politik endete und daß am gleichen Tage ein neuer Abschnitt begann. In den ersten Stunden, in denen die neue Regierung kam in ihren Anrissen erkennbar war, und es sich ohne die geringste Gewähr einer zuverlässigen Schätzung voraussetzen ließ, wie groß die Mehrheit sein werde, die die Regierung hinter sich haben werde, wurde nicht nur bei den bürgerlichen Parteien, sondern auch in der Sozialdemokratie von der Möglichkeit einer baldigen Reichstagsauflösung gesprochen. Die Abstimmung, die eine, wenn auch nicht starke Mehrheit für die Regierung Birkh-Wauer ergab, war ein ungefähres Wegweiser für die künftigen Machtverhältnisse im deutschen Reichstag. Es besteht kein Zweifel, daß nur die Überzeugung von dem Vorhandensein einer Mehrheit für die Annahme des Entente-Ultimatums eine Reihe deutsch-völkischer und demokratischer Abgeordneter bewog, gegen die Annahme zu stimmen, und so darf die gegenwärtige Regierung ohne überschwängliche Hoffnungen auf eine stärkere Unterstützung im Reichsparlament rechnen, als es aus der entscheidenden Abstimmung hervorging.

Hierdurch haben sich die Voraussetzungen für die Ebnung einer Reichstagsauflösung geändert. Hat es auf der einen Seite viel verlockendes für sich, durch eine allgemeine Volksbefragung die Stimmung des deutschen Volkes und sein Urteil über den ersten und entscheidenden Schritt der neuen Regierung zu erfahren, so stehen dem auf der anderen Seite noch bedeutende Nachteile gegenüber. Wenn eine der ersten Handlungen der neuen Regierung die Ausschreibung von allgemeinen Wahlen wäre, so müßte dies im Inland wie im Ausland als ein Zeichen innerer Schwäche und Unsicherheit gedeutet werden, das dem Ansehen der Regierung nicht nur beträchtlich schaden, sondern das ihre Handlungen selbst gewaltig diskreditieren müßte. Das große Opfer, das die für das Ultimatum stimmende Parteien, insbesondere aber die Sozialdemokratie, gebracht haben, würde in seiner Bedeutung entkräftet und abgeschwächt werden, wenn man den Eindruck erzielte, daß die Annahme des Ultimatums kein bewußter politischer Akt, sondern eine aus Unsicherheit und Verzweiflung gemischte Handlung gewesen wäre. Wir denken hierbei weniger an den Hohn der Reichsparteien, wir denken hierbei vor allem an die Wirkung, die sofortige Neuwahlen im Ausland hervorrufen würden. Die Boulevard-Presse, die auch in England, Belgien und Italien nicht einflußlos ist, würde mit triumphierender Geste auf den neuen Akt der „Böswilligkeit Deutschlands“ hinweisen und der Appell an das Volk würde nicht als demokratische Handlungsweise, sondern als feiger Rückzug und Furcht vor der Ausföhrung der übernommenen Verpflichtungen gedeutet werden. Es muß der neuen Regierung zunächst die Möglichkeit gegeben werden, sich auch nach anderer Richtung hin politisch zu betätigen und den Hinweis zu erbringen, daß die Mehrheit, die sie in der kritischen Dienstag-Nacht hinter sich vereinigte, keine aus Zufall, Nebenzusammenbruch und Kalküligkeit zustande gekommene Mehrheit war, sondern daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr steht und ihre Maßnahmen billigt. Nur eine solche Mehrheit ist in der Lage, die ungeheuer schwere Bürde der Verantwortung zu tragen, die ihr durch die Annahme des gegnerischen Ultimatums aufgelastet worden ist.

Die bayerischen Demokraten und das Ultimatum

München, 14. Mai. Die Tagung des Landesauschusses der Deutschen demokratischen Partei in Bayern war sehr stark besucht. Dr. Petersen, der Vorsitzende der Gesamtpartei, gab einen Bericht über die Vorgänge im Reichstag bis zur Annahme des Ultimatums und begründete die Notwendigkeit seiner Annahme. Die Tagung faßte eine Resolution, in der es heißt: Ohne die Bedeutung der Beweggründe zu verkennen, die die Reichstagsfraktion veranlaßte, in der Stunde der Not in die gegenwärtige Regierung einzutreten, ist der Landesauschuss der Ansicht, daß an die Stelle dieser Regierung baldmöglichst eine den Mehrheitsverhältnissen und der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage Rechnung tragende Regierung auf erweiterter Grundlage zu treten hat. Als bayerische Partei sieht die deutsch-demokratische die selbstverständliche Pflicht jeder bayerischen Regierung in der Einordnung in die verfassungsmäßig beschlossene Politik des Reichs.

Die Herren scheinen die Einbeziehung der Volksparteier in die Regierung zu wünschen. Für Demokraten wüßten wir aber gegenwärtig andere Aufgaben, als diese Propaganda.

Eine neue Verordnung über die Sondergerichte

Berlin, 14. Mai. Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 12. Mai auf Vorschlag des Reichsausschusses die Reichsregierung ersucht hatte, zur Verbesserung der Rechtsstellung der Beschuldigten, eine Änderung der Verordnung über die Sondergerichte herbeizuführen, hat der Reichspräsident unter dem heutigen Tage eine Verordnung zur Änderung erlassen. Nach den neueren Bestimmungen soll die Anklage vor den außerordentlichen Gerichten nur dann erhoben werden, wenn die Tat mit der außerordentlichen Bewegung aus den Wurzeln dieses Jahres in Verbindung steht. Strafaten von Personen unter 18 Jahren sollen vor den außerordentlichen Gerichten nicht verhandelt werden. Anstelle der bisherigen nur 24stündigen Frist zwischen der Ladung zum Termin und dem Termin selbst ist nunmehr eine Frist von drei Tagen festgelegt. Auch muß jedem Angeklagten eine Anklageschrift vor dem Termin zugestellt werden.

den. Die wesentliche Abweichung von dem bisherigen Verfahren besteht darin, daß die Beweisaufnahme künftig nicht mehr ins Ermessen des Gerichts gestellt ist, sondern die Vorschriften der Strafprozedur für das Verfahren vor der Strafkammer Anwendung finden.

Badische Politik

Zum Ortsklassenverzeichnis

Von der Bezirksleitung Baden des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben: In Nr. 129 des „Karlsruher Tagblatts“ ist eine Notiz mit obiger Überschrift erschienen, in der u. a. gesagt ist:

„Es doch die badische Regierung selbst von dieser vorläufigen Neuregelung insofern überrascht worden, als die bei ihren nach Berlin mitgeteilten, in eingehenden Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen festgestellten Vorschläge zum erheblichen Teil unberücksichtigt geblieben oder geändert worden sind.“

Wir sind überrascht nun zu hören, daß über die nach Berlin mitgeteilten Vorschläge eingehende Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen stattgefunden haben, stellen hierbei aber fest, daß der Deutsche Eisenbahnerverband — Bezirk Baden —, dem eine große Anzahl Verkehrsbeamte als Mitglieder angehören, zu seinen Verhandlungen zugezogen wurde und von den angeblich eingehenden Verhandlungen erst durch diese Presse-notiz Kenntnis erhielt. Wir wissen nicht, ob der Deutsche Eisenbahnerverband mit oder ohne Abzicht von diesen Verhandlungen ausgehoben war. Auf jeden Fall müssen wir hiergegen Verantwortung einlegen und zwar umso mehr, als sich die Mitgliedschaft auf das ganze Land Baden erstreckt.

In der gleichen Notiz wird unsere in der öffentlichen Versammlung im Apollo aufgestellte Behauptung, daß die dazu beauftragten badischen Landesbehörden nicht mit der notwendigen Energie für eine den badischen Verhältnissen gerecht werdenden Ortsklasseneinteilung eingetreten seien, als durchaus unbegründet zurückgewiesen. Wir halten unsere Behauptung aufrecht, weisen aber darauf hin, daß von den Reichsorganen mehr als einmal der Versuch gemacht wurde, München und Stuttgart von der Ortsklasse A auszuschalten, wogegen sich diese Landesvertreter mit Nachdruck und mit Erfolg wanderten. Für die Ortsklasseneinteilung sollen die hierzu besonders erredneten Teuerungszahlen die Grundlage gebildet haben. Wenn wir auch diese Teuerungszahlen nicht als absolut einwandfrei oder zu verlässig betrachten, so zeigt der Vergleich der Durchschnittsteuerungszahlen vom 1. April 1920 bis Ende März 1921 folgenden Bild: München 700, Stuttgart 811, Ludwigslofen 818, Karlsruhe 834. Die drei ersten Städte mit niedrigeren Teuerungszahlen sind u. E. mit Recht in Ortsklasse A, Karlsruhe mit der höheren Teuerungszahl zu Unrecht in Ortsklasse B eingruppiert.

Es ist bekannt, daß die bayerischen Regierungsorgane sich nicht so leicht von ihrem Standpunkt, auch von der Reichsregierung, abbringen lassen. Erwarten dürfte man aber, daß die badischen Behörden mindestens den gleichen Einfluß wie die württembergische auf die Reichsorgane auszuüben in der Lage sind, umso mehr, da die hohen Teuerungszahlen der badischen Regierung als gute Erklärung wird unsere Annahme, daß nicht die Teuerungszahl allein, sondern die Größe eines Orts bei seiner Zuteilung zu einer Ortsklasse maßgebend war, bestätigt. Gegen diese Ortsklasseneinteilung müssen sich nicht nur die Karlsruher Arbeitnehmer, sondern die des ganzen badischen Landes wenden. Baden ist Grenzland, schon dadurch in wirtschaftlicher Beziehung nachgewiesenermaßen gegenüber den Nachbarländern erheblich im Nachteil. Die zahlreichen Aus- und Erholungsorte des badischen Landes tragen mit zu den bestehenden teuren Leben- und Wohnverhältnissen bei. Diese Nachteile müssen den badischen maßgebenden Instanzen Veranlassung geben, dafür einzutreten, daß für das badische Land drei Ortsklassen A, B und C zur Einführung gelangen, wie auch die bayerische Regierung sich auf den Standpunkt von drei Wirtschaftsklassen gestellt hat.

Schn.

Liegenschafts- und Betriebsvermögenssteuergesetz

Der dem Reichstag zugewandene Gesetzentwurf über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens in der Rechnungsperiode 1920 und 1921 hat in der Kammer verschiedene Änderungen erfahren. Gemäß den Vorschlägen der ersten Lesung des Gesetzes in der letzten Plenarsitzung des Reichstags soll nunmehr zu der Steuer des Liegenschafts- und Betriebsvermögenssteuergesetzes für das Rechnungsjahr 1920 ein Nachtrag von 855 Millionen auf je 100 M. steuerbares Vermögen erhoben werden. Der Nachtrag soll zur Hälfte sofort, zur Hälfte auf 1. September 1921 fällig werden. Die Gemeinden sollen ermächtigt werden, bis zum 1. August 1921 Nachtrags-

Züllinger und seine Zucht

Roman von Konrad Loele

Zur Einführung

Dieses Werk, das unsern Leserinnen und Lesern zur Abwechslung eine mehr vergnügliche Unterhaltung bieten soll, trägt ein eigenartliches Gepräge, das auf den ersten Blick fremdartig anmutet. Gleich die ersten Worte unterrichten uns, daß die erzählten Begebenheiten sich im Jahre 1902 und 1903 zutragen! Loele führt uns eine Zeit feudal-absolutistischer Gewaltherrschaft in Deutschland vor, die die kurze republikanische Epoche der Gegenwart ablöst. Ein Zukunftsroman also, ein Zeitbild, wie es in wenigen Jahren kommen könnte, wenn nicht... ja, wenn nicht! Die Arbeiter und die sonstigen entschiedenen Anhänger der Republik mögen dafür sorgen, daß dieses Phantasiepiel des Dichters keine Gestalt annimmt. Damit sie die Gefahr erkennen und auf der Hut seien, deswegen schreibt Loele seine vorausschauende Geschichte.

Es sieht getrost aus in diesem Zukunftsstaat, der etwa dem Idealbild entsprechen mag, wie es die heilige Dreieinigkeit des Offizierstums, Junkertums und Rudertums im Westen hegt. Die herrschende Klasse, sie nennen sich „Oberdeutsche“, sind die rüchigen Herrenmenschen in Reinkultur. Alles ist ihnen unterworfen und zur Arbeit verpflichtet, die Masse sowohl wie die „Halblinge“, das heißt die brauchbaren Männer der Wissenschaft. Glänzende Fortschritte hat die Wissenschaft gemacht. Dem Chemieprofessor, oder wie er nach Ausmerzung aller Fremdwörter heißt, dem Geheimrätling der Stofftheorie Arnold Züllinger ist sogar das Homunkulusexperiment fastig gelungen. Er hat die Züchtung von Menschen auf künstlichem Wege entdeckt. Aber alle Ergebnisse der Wissenschaft müssen den Herrschenden dienen, ja die Wissenschaft darf nur Sachen rfinden, die den Oberdeutschen nützen.

Ein grimmiger Humor weht durch das Werk, das eine glänzende Satire auf die extremen Bestrebungen der Reichsparteien darstellt und diese in ihren Konsequenzen ab absurdam führt. Der Humor des Verfassers tritt eine fruchtbare Phantasie zur Seite, und diese beiden Faktoren sind es hauptsächlich, die die Feltüre für unsereinen zum Vergnügen machen. Ich sage absichtlich: für unsereinen, denn den ehrenwerten Herren von der Gegenseite dürfte dieses Konterfei ihrer geheimsten Wünsche nicht sonderlich gefallen. Darum: „Wer hier nicht lachen kann, soll hier nicht lesen.“

Literarisch wäre Loeles Roman etwa in die Reihe der Ereignisromaner jener teils grotesken, teils komischen Richtung zu stellen, in der Werke wie Reinholds „Golem“ oder Freys „Solomon der Unsichtbare“ oder Ewers „Alraune“ stehen, die ja in gewisser Hinsicht auch wieder ihre Vorgänger haben in Edgar Allan Poe und E. A. Hoffmann.

Humor und Satire dienen hier keineswegs den Zwecken bloßer Unterhaltung. Sie sind gefüllt mit Sachkenntnissen und verdammt dem Leser einen dauernden Gewinn zu verschaffen. Erhebend und tröstlich ist der Umstand, daß am Ende der „Oberdeutschen“ Gewalt Herrschaft doch die Elemente von unten sich stetig Bahn brechen und das unmoralische System mit wuchtigen Schlägen zerschmettern.

Vom Februar des Jahres 1902, des fünfundsiebzigsten und letzten Jahres des oberdeutschen Heils, bis zum Mai des Jahres 1903 bezog sich folgende, für die Oberdeutschen recht fatale Geschichte:

Der frühere Chemieprofessor, jetzt nach Ausmerzung der Fremdwörter der Geheimrätling der Stofftheorie Arnold Züllinger, schaute von dem hohen Schmelz vor seinem Arbeits-tische durch das Fenster in die Abenddämmerung. Regensnähe fiel auf den weiten, vom dichten Schienenweg gefesselten Hof, griesgrämiger Nebel mähtete sich mit Fabrikqualm, plötzlich aufleuchteten alle Lichter der Weichstellen, alle Mastlampen und Glühbirnen, lange Streifen der Kraftleitungen blinkten. Hinter einem endlosen Hallenzug redete sich ein Duzend der eben noch verschwommenen schwarzen Niesenschlote in großem Licht, und das fahle Grau des Dintergrundes wurde auf einmal zur tiefen Nacht. Weit draußen, durch eine Öffnung zwischen den Gebäuden sichtbar, erglänzten mit einem Ruck die Zagebauanlagen der Braunobstengruben, an deren Rändern unermüdliche Wagger sich langsam drehten.

Witten da durch lag der Keil der Gleise und weiter nordöstlich: ein Wegweiser nach der Reichsbahngaststadt Berlin. Da schlug eine Uhr den Feierabend. Gleichzeitig erschallte ein Choral; ein mitten auf dem Hofe ragendes Kreuzfahrgelächte farbige von innen heraus, fabelhaft prunvoll. Das in-haltreiche Säulen der tausend Maschinen schweig, aus geöffneten Türen kam ein dünnes Geräusch einformig gellender Menschen, das von allen Seiten nach der Hofmitte zusammen-

Züllinger grinst, wie er das seit zwanzig Jahren so tun pflegte, seit dem glücklichen Tage, an dem Reichstumsland von Staats wegen einheitlich kapitalistischer geworden war. Dann sah er ängstlich hinter sich, wie er das gleichfalls täglich oft genug tat, aber es war kein Grund zur Unruhe.

Aus einem Nebenzimmer drang als leises Gemurmel dreier Weiberstimmen der Text des Chorals.

Der Geheimrätling grinst wie ein Zauber, der mederte vor boshaftem Vergnügen, während er dem allgewohnten Schauspiel auf dem Hofe zusah. Die Menschenmenge bildete einen sternförmigen Kreis um das Kreuzfahrgelächte. Männer und Frauen standen tiefenadig mit gebogenen, einbügelten Köpfen und warteten schweigend, bis sie der für ihre Kolonne bestimmte Kraftwagen in die entlegenen Wohnhäusern abfuhrte.

„Man sollte so etwas nicht für möglich halten“, dachte Züllinger. Dann schob er eine Reihe dünnwandiger Glaschalen in einen Wärmeschrank, schied eine Anzahl Reizstoffe, zog den Glasdöpsel aus einer Flasche siebzigprozentigen Alkoholes und goß sich eilig einen Schluck hinter die Binde. Da schob sich durch einen schmalen Türspalt Züllingers Waise Ida herein. „Arnold! Im Maria und Josef! Los nicht! Du kommst noch in die Besche.“ Klüßerte die dünne Jungfer, indem sie beschwörend die magere Hand rang.

Züllinger legte die flache schuldberühmt unter seine Regengarnen. Alkohol war nämlich nur den Oberdeutschen, den Angehörigen und direkten Nachkommen der jüdenstein echt deutschpöhlischen, wahrhaften Vaterlandspartei erlaubt; Halblinge, zu denen Züllinger gehörte, nämlich frühere Demokraten, und Angehörige der Masse, die sich aus den Reichsbahnen der ehemals linken Parteien zusammenschlo, waren bei Strafe lebenslänglicher Untertagsarbeit trockengetrocknet worden. Schon kamen auch Thelma und Stephanie, die beiden andern Waisen des Geheimrätlings, herbei. „Sit!“ rief Thelma ihrer Schwester Ida zu und schlug drei Kreuze. Beinahe hätte Stephanie ein Beil mit Tee und schwarzweizenrotten Nagegebäckstücken fallen lassen. Züllinger grunzte unwillig, als ihm Thelma einen Oelfed von seinem blendend weißen, gefleckten und in peitschichte kalten geplätteten Arbeitskittel entzückte. „Arnold, ach du lieber Gott; Oberdeutsch-Knobel hat eine feine Nase!“

„Komm, trink Tee; is ja heiß!“

„Fortsetzung folgt.“

Karlsruher Parteinachrichten

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen Bezirksversammlungen statt:

- Mittstadt: Restauration „Zur Schrumppel“, Durlacherstr.
Oststadt: Restaur. „Zum Schesselhof“, Ludwig-Wilhelmstr.
Südstadt: Restauration „Zum Auerhahn“, Schützenstr.
Mittel- und Südweststadt: Rest. „Zur Krone“, Amalienstr.
Weststadt: Restauration „Zum Württemb. Hof“, Goethestr.
Mühlburg: Im Saale der „Stadt Karlsruhe“, Rheinstr.

Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, in der „Krone“: Generalversammlung der Frauensektion.

In allen Versammlungen werden die Vorstandsmitglieder neu gewählt und teilweise auch Vorträge gehalten. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Jubiläum der Badenia. Samstag und Sonntag fand in Anwesenheit der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden der Festsitz Jubelfeier des Gesangsvereins Badenia statt. Die Gesangsvereine Bad Kreuznach, Mannheim, Bruchsal und Konstanz hatten Abordnungen entsandt, die der Badenia ihre Glückwünsche überbrachten. Die Festsitz hielt der Obmann des Badischen Sängerbundes, Dr. Krieger (Offenburg), der in begeisterten Worten die Bedeutung des Gesanges für das deutsche Volk und das deutsche Vaterland hervorhob. Der deutsche Männergesangsverein Zürich und die Badenia sangen herrliche Lieder und gaben so Proben ihrer vorzüglichen Schulung und ihrer idealen Auffassung des Sängertums. Herr Krieger sprach vom Landesbühnenjahr das Preislied aus „Die Messerschmied“ und erntete reichen Beifall. Den verdienten Mitgliedern des Vereins wurden reiche Ehrungen zuteil. Ueber die Konzertveranstaltungen werden wir besonders berichten.

— Besuch der städt. Volksschule. Nach dem Stand vom 19. April 1921 beträgt die Zahl der Anfänger 2260 gegen 2269 am Ostern 1920. Die gesamte Schule einschließlich der Hilfschule zählt 411 Klassen mit 16 065 Schülern, während am Ostern 1920 vorhanden waren 428 Klassen mit 16 778 Schülern. Der Rückgang der Schülerzahl um 718 erklärt sich allerdings nur zum geringen Teil daraus, daß in diesem Jahre die Schüler und Schülerinnen der Volksschule bereits am Ostern, nicht wie bisher im Herbst, in die höheren Schulen übergegangen sind. Von den 16 065 Schülern und Schülerinnen besuchen die erweiterte Knaben- und Mädchenschule 7076 gegen 6514, die erweiterte Mädchenschule 7473 gegen 6910, die Bürgerschule 456 gegen 669, die Töchterschule 767 gegen 1684 und die Hilfschule 298 gegen 314 zu Beginn des Vorjahres. Außerdem besuchen die allgemeine Fortbildungsschule (Sophienstraße) 355 Mädchen (darunter 203 Fortbildungsschülerinnen) und die Selekta (9. Klasse) der Töchterschule 49 Mädchen. Die Zahl der Lehrkräfte beträgt 624 und zwar: 224 Hauptlehrer, 74 Hauptlehrerinnen, 43 Unterlehrer, 76 Unterlehrerinnen, 9 Hilfslehrer, 12 Hilfslehrerinnen und 65 Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen.

— Ein tragisches Tod ereilt bei der Jubiläumsfeier der „Badenia“ das Mitglied derselben, Herr W. O. H. B. W. während der Feierlichkeit in der Festhalle am Samstagabend wurde er von Unwohlsein befallen, dem infolge Herzschlags der sofortige Tod folgte. Der Verstorbene war 49 Jahre lang Mitglied des Festvereins und hat sich schon lange auf den Jubiläumstag, der nun sein Todesstag werden sollte, gefreut.

— Unfall. Beim Bahnübergang in der Müppurzerstraße wurde am 14. d. M. vormittags ein Werkmeister vom Tode durch einen rangierenden Güterzug angefahren und am linken Arm verletzt.

— Eine wichtige Entscheidung. Eine für das Wirtschafts- und Gewerbe tief einschneidende Frage hat heute der Bezirksrat verhandelt. Es lag ein Gesuch des Fußballklubs „Südtern“ vor um Erlaubnis zum Betriebe einer Kantine auf dessen Sportplatz. Der Bezirksrat hat das Gesuch abgelehnt, da er einstimmig der Ansicht war, daß ein Bedürfnis nicht vorliegt. Wenn Alkohol eingenommen werden soll, so sei hierzu Gelegenheit im reichen Maße vorhanden in den nahegelegenen Wirtschaften. Aus demselben Grunde hat der Bezirksrat schon im vorigen Jahre ein gleiches Gesuch des Fußballvereins „Frankonia“ ablehnend beantwortet.

— Prüfungsausschuss für Kurzschiff der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden. Das bei der Handelskammer Karlsruhe errichtete Prüfungsausschuss hielt kürzlich unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Stein seine erste Prüfung ab. Es nahmen im ganzen 35 Prüflinge teil. In der Abteilung 1 zu 120 Silben in der Minute bestanden von 11 Teilnehmern 5, die auch das Fertigkeitsergebnis erhielten. Abteilung 2 zu 160 Silben in der Minute hatte 17 Teilnehmer, von denen 9 Prüflinge das Fertigkeitsergebnis ausgestellt werden konnte. In der Abteilung 3 zu 180 Silben in der Minute ließen sich 3 Teilnehmer prüfen, von denen 2 die Prüfung bestanden. In der Abteilung 4 zu 200 Silben in der Minute schrieben vier Prüflinge, die die Prüfung auch bestanden. Die Zahl der Teilnehmer war diesmal noch etwas gering, was wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Einrichtung noch nicht allgemein bekannt war. Es darf daher wohl erwartet werden, daß bei der zweiten Prüfung im Oktober eine größere Zahl von Teilnehmern sich melden und daß auch das Ergebnis ein besseres wird, als bei der ersten Prüfung.

— Städtewettkampf Stuttgart-Karlsruhe im Schwimmen am Sonntag, 22. Mai, im Städt. Sonnenbad am Rheinhafen. Man schreibt uns: Zur Eröffnung der Sommerbadeszeit hat der Karlsruher Schwimmverein die repräsentative Städtewettkampftage Städtewettkampftage zur Ausdehnung eines Städtewettkampfes gewonnen, welcher sich auf Schwimmen, Springen und Wasserball erstreckt. Die Kämpfe versprechen sehr interessant und sportlich hochstehend zu werden, da Stuttgart die beste deutsche Klasse darstellt. Demgegenüber wird Karlsruhe hauptsächlich jüngere Kräfte an den Start bringen, die besten entsprechen. Begeleitet werden die Wettkämpfe von vollständigen Vorführungen wie Damenreigen, Kunstschwimmen usw. Besonders sei hier auf das Rettungsschwimmen hingewiesen. Es empfiehlt sich, rechtzeitig Karten im Vorverkauf zu sichern.

— Valuta-Bericht vom 16. Mai. Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 97/8 Cts. Auszahlung notierte 20.82 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte 10.88 M. per schw. Fr. England notierte 233 M. per Pf. Sterl. Frankreich notierte 4.95 M. per frz. Fr. Neuhort notierte 58.31 M. per Dollar.

— Wasserstand des Rheins. Schutterinsel 100, gef. 5, Reich 195, gef. 12, Maxau 341, gef. 2, Mannheim 208 Zentimeter.

Ich bin befreit von allen Hautunreinheiten und Hautausschlägen, wie Blüthen, Flecken, Pickel, Hautrötze usw. durch den Gebrauch der echten Teichenerferd-Teichenerferd-Teife. v. Bergmann & Co., Radel. Überall zu haben.

Oberschlesien

Fortdauer der Brutalitäten und Ueberfälle auf Deutsche — Ein Appell der Gewerkschaften und deutschen Parteien

Oppeln, 16. Mai. Die Pfingstfeiertage haben eine Verschärfung der Lage infolge der Truppenverschiebungen gebracht, die im ober-schlesischen Aufbruchgebiet in den gefährlichsten Kreisen vorgenommen wurden. Nach dem Abtransport der italienischen Truppen aus Nikolai wurde der Ort von den polnischen Aufständigen besetzt, später aber wieder geräumt. Die italienischen Truppen räumten weiterhin die Kreise Pleß und Hybnik und zogen sich in der Richtung auf Ratibor zurück. In den Städten Pleß und Hybnik werden zahlreiche Drangsalierungen der dortigen deutschen Grundbesitzer gemeldet. Gagolia im Kreise Groß-Streitz wurde gestern von den Aufständigen mit Artillerie hart beschossen. Auf deutscher Seite sind mehrere Teile zu verlassen. In Ratibor verlief ein Vorstoß auf die Stregel Ostrog erfolglos. In den Kreisen Hindenburg und Tarnowitz werden vielfache Ueberfälle und Verhaftungen deutscher Ober-schlesier gemeldet. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert. Weiter ist ein von Neuten nach Oppeln fahrendes Postauto mit 4 Frauen und etwa 20 Männern, obgleich es unter französischer Fahne fuhr und von französischem Militär eskortiert worden ist, in Pleß-Kreis von den polnischen Aufständigen angehalten worden. Sämtliche Männer wurden heruntergeholt und verhaftet, die Estorie und die vier Frauen sind in Oppeln angekommen. Außerdem ist ein Eisenbahnzug mit etwa 600 Flüchtlingen aus dem Kreise Hybnik den nach Ratibor durchgehenden Polen sich ehrenwörtlich dem italienischen Oberst Salvini gegenüber verpflichtet hatten und der von je einen englischen, französischen und italienischen Offizier sowie 50 französischen Mannschaften begleitet war, angehalten worden. Die Frauen und Kinder sowie einige Flüchtlinge durften weiterfahren, während 150 deutsche Apotheke und 200 junge Leute aus dem Kreise Hybnik trotz Protest der interalliierten Offiziere nach Postau gebracht wurden.

Kattowitz, 16. Mai. In der vergangenen Nacht drangen bewaffnete polnische Aufständiger in das Germania-Hotel ein. Aus dem im Hause befindlichen Geschäftsräumen des Verbandes Heimatreuer wurde alles Brauchbare weggeschleppt. Einige Landstroläher drangen in die Wohnung eines Fleischereimasters ein, mißhandelten das Ehepaar und raubten einige Schmuckstücke und andere Gegenstände. Ein Tierarzt wurde auf einer Dienstreise von Aufständigen in Boguskiß aus dem Wagen geholt und nach Schoppinisch verschleppt.

Ein Appell an die Kulturnationen

Kattowitz, 16. Mai. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften richten an die Kulturnationen der Welt einen Appell, in dem sie darauf hinweisen, daß die interalliierte Kommission ihr feierlich gegebenes Wort nicht gehalten hat, sich mit aller Kraft für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einzusetzen. Dieses am 3. Mai feierlich verkündete Versprechen wird im Gegenzug belohnt durch unüthiges Zuschaun der französischen Soldaten gegenüber den polnischen Aufständigen, während Italiener und Engländer sich energisch für die Erhaltung der Ordnung eingesetzt haben. Der Appell verweist auf die Leiden, die über die deutsche Bevölkerung durch Mißhandlungen, Raub, Plünderung, Mord, Verfolgung gekommen sind und schließt mit der Aufforderung: In dieser Stunde der größten Verwerfung wenden wir uns an die Kulturnationen des Erdballs mit dem Ruf: „Tretet ein für isortigen Schutz, stellt uns zu unserem Recht!“

Anklagen und Hilferufe des deutschen Abstimmskommissars in Oberschlesien

Wreslau, 14. Mai. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbauel hat in Erwiderung auf das Schreiben Korfaants durch Vermittlung eines amerikanischen Berichterstatters an die Staatsmänner der Entente eine Erklärung erlassen, in der er betont, daß die Pläne des Aufstandes in Oberschlesien von den Polen bis ins Kleinste vorbereitet waren. Die feierliche Versicherung Korfaants in der „Grenzzeitung“, daß er alles gethan habe, um eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern, sei das Gegenteil der Wahrheit. Die Erklärung Dr. Urbauels weist weiterhin auf die entehrende Rolle der polnischen Mitglieder der Abstimmskommission, die ihre deutschen Kameraden entwürdigten und sie den Aufständigen ausgeliefert hätten, ferner auf die Kommissar Dr. Urbauels und der Schlichtung der schlesisch-polnischen Grenzfrage während die polnischen Soldaten in Hausen nach wie vor über die Grenze schritten, nachdem sie ihre Uniformen gegen Pfeilspitze umgetauscht hatten und in geschlossenen Zügen mit ihrem Kriegsgerät zu den Rebellen zögen. Nun triumphierte nach dem Augustaufstand die Rebellen nicht. Nun triumphierte nach dem Augustaufstand die Rebellen nicht. Die alliierte Kommission habe zwar starke und entscheidende Worte gebraucht, es sei aber nicht der leiseste Anfang einer Tat zu bemerken. Die Deutschen in Oberschlesien würden nicht, was die nächsten Stunden bringen würden und warum ergehe von dem deutschen Kommissar, der in Wreslau eingeschlossen keine Möglichkeit habe, die ihm anvertrauten Schutzstellen für das ganze ober-schlesische Deutschland zu verwerfen, dieser Notthut.

Rechte Nachrichten

Der Reichskanzler über Oberschlesien, Zahlungen und Entwaffnung

Der Berliner Korrespondent des „Neuhort Herald“ hat mit dem Reichskanzler Dr. Wirth eine Unterredung gehabt. Dr. Wirth sagte: „Wenn Amerika an dem Frieden Europas Interesse hat, muß es unverzüglich für eine schnelle und gerechte Lösung des ober-schlesischen Problems sorgen. Solange die Feuer in den polnischen Kriegslagern nicht ausgelöscht sind, kann kein Frieden sein. Alle anderen Probleme hängen davon ab, daß Deutschland das Recht erhält, welches ihm durch die Volksabstimmung zugesprochen worden ist. Europa muß endlich mit der Arbeit beginnen, aber Arbeit kann nicht mit der Wüde in der Hand getan werden. Wie soll Deutschland arbeiten, wenn noch ein polnischer Diktator wie Korfaant auf deutschem Boden steht? Wenn die Alliierten nicht bald zeigen, daß sie ihre Macht ausüben wollen, dann wird es außerordentlich schwer sein, die deutsche Bevölkerung daran zu hindern, daß sie sich selber hilft.“ Der Korrespondent erzählt, daß Lord d'Aberton dem Kanzler einen Besuch gemacht hat und die gleichen Anschauungen von ihm vertreten hörte. Auch der englische Botschafter war der Meinung, daß es von äußerster Wichtigkeit sei, Americas Ansicht über die Lösung der ober-schlesischen Frage nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles kennen zu lernen.

Als der Kanzler gefragt wurde, ob und wie Deutschland die Milliarden zahlen würde, antwortete er: „Auch das ist ein Teil des ober-schlesischen Problems.“

Der Kanzler sagte ferner, daß er hoffe, die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei für die Regierung zu gewinnen. Er versicherte, daß Deutschland die Kraft habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die bayerischen Wehrkräfte und die Kanonen der Skifors würden ausgeliefert werden, und die erste Forderung würde den guten Willen Deutschlands klar beweisen.“

Protest der französischen Gewerkschaften gegen die Gewaltpolitik der Entente

Paris, 14. Mai. In der Schlußsitzung des Nationalrats der CGT wurde mit 85 gegen 29 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, in der Protest erhoben wird gegen die gewaltsame Lösung des Friedensvertrages von Versailles, die die Regierung zur Anwendung von militärischen Cantionen und militärischen Interventionen gegen das deutsche Volk geführt hat. Die Resolution verurteilt die Maßnahmen, die dem deutschen Proletat allein die Folgen des Krieges und die Wiederaufbauungsbedingungen auferlegt. Die Verletzung des Gebiets sei ein internationales Verbrechen gemeint. Die Resolution macht sich das Wiederbauprogramm der Gewerkschaftsinternationale zu eigen und erklärt, daß dadurch die Kriegsschuld beseitigt und der Weltfrieden wiederhergestellt werde.

Lloyd George für Gerechtigkeit gegen Deutschland

Ordnung in Oberschlesien oder freie Hand für Deutschland — Rußland heute niedergeworfen, in Zukunft aber wieder mächtig

London, 14. Mai. Lloyd George schloß seine Rede im Unterhause über Oberschlesien mit der Erklärung, man müsse unparteiisch urteilen und mit Gerechtigkeit, sei es für oder gegen Deutschland. Entweder sollen die Alliierten darauf bestehen, daß der Vertrag beachtet werde, oder sie sollen Deutschland gestatten, dafür zu sorgen. Deutschland entwarf einen und noch dazu sagen, seinen Truppen könne es nicht erlaubt sein, an der Wiederherstellung der Ordnung teilzunehmen in einem Gebiet, das bis zur Fällung der Entscheidung seine eigene Provinz sei, sei nicht fair. Polen soll es erlaubt sein, in Verhöhnung des Vertrages sie wegzunehmen und „auch soll es nicht erlaubt sein, Euch selbst in der Provinz zu verteidigen, die 200 Jahre lang die Kurie gemein und sicherlich 600 Jahre lang nicht polnisch gewesen ist“ — das wäre schimpflich und der Ehre eines Landes unwürdig. Das einzige, was er (Lloyd George) im Namen der Regierung sagen möchte, sei: Was sich immer ereignen möge, wir könnten keine belöbende Tatsache annehmen! Rußland sei wohl jetzt eine niedergedrückte Macht, die sich augenblicklich in den Händen eines, wie er glaube, hoffnungslosen Despotismus befinde. Aber das Land werde nicht ewig so bleiben, sondern es werde eines Tages ein mächtiges Land sein und sein Wort werde in der Zukunft in Europa und der Welt Geltung haben. Er bitte die, die den Vertrag von Versailles gerechtfertigen wollen, wenn er ihnen nicht zugehe, an diese Tatsache und an andere Möglichkeiten in Zentraleuropa zu denken. In aller Feierlichkeit und in dem ersten Wunsch, den Frieden in Europa wiederhergestellt zu sehen, und in dem Bewußtsein, daß dies nur auf dem Grundsatze strenger Gerechtigkeit geschehen könne, appellierte er an alle Beteiligten, nur das zu tun, was recht und billig sei.

Die amerikanische Presse zu Lloyd Georges Rede

London, 17. März. Wie aus Neuhort berichtet wird, glaubt die amerikanische Presse, daß die Unterhandlung Lloyd Georges über Oberschlesien die Luft reinigen würde. „Neuhort Herald“ meint, daß die Worte des englischen Premierministers ebenso an die Franzosen wie an die Polen gerichtet waren. Das Blatt schreibt: Wenn nicht durch eine feste internationale Autorität das Vertrauen wieder hergestellt wird dann werden die Folgen furchtbar sein. — Die „Neuhort Times“ erklären, Polen habe kein anderes Recht auf Oberschlesien als das, welches der Friedensvertrag ihm gibt. — „Neuhort Globe“ schreibt, die Alliierten seien ebenso verpflichtet, Deutschland gegen ungerechtfertigte polnische Angriffe zu schützen, wie umgekehrt. — Wie weiter gemeldet wird, verfolgen die Regierungskreise in Washington die Lage mit Aufmerksamkeit.

Das Nachtgeschirr des Ententeoffiziers

Unter der Ueberschrift „Ein politisches Nachtgeschirr“ veröffentlicht das „Münner Tageblatt“ folgendes Schreiben des Bürgermeistersamt Sormagen an das Reichswehrministerium Krefeld: „Am 19. vorigen Monats wurden von dortigen Amt mit Baggelung 12 Kohlenkästen, 13 Feuerzeihen und ein Nachtgeschirr für den Kapitän A. Plesch geliefert. Das Nachtgeschirr, das 1 1/2 Liter faßt, war für den Kapitän zu klein. Der Kapitän beschwerte sich deshalb beim Kommandementkommandanten, und ich habe mich bei meiner Beförderung durch einen Offizier der „Surete militaire“ über die Mischung eines belgischen Offiziers, begangen durch die Lieferung eines zu kleinen Nachtgeschirrs, zu äußern. Von einer Strafverfolgung wurde Abstand genommen, da ich die Lieferung den Bedürfnissen des Offiziers entsprechenden Nachtgeschirrs zusicherte. Es wurde infolgedessen ein Nachtgeschirr, das 2 1/2 Liter faßt, besorgt.“

Urteile der Sondergerichte

Erfurt, 14. Mai. In dem Prozeß des Erfurter Sondergerichts gegen 34 Angeklagte, die der Roten Armee angehört und in Nachra von der Erfurter Schutzpolizei gefangen genommen wurden, ist heute vormittags nach achtstündiger Verhandlung Urteil gefällt worden. Elf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von 2 Jahren 3 Monaten bis zu 6 Jahren, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Hamburg, 14. Mai. Von den wegen des kommunistischen Aufstandes am 22. März auf der Wulfsmarkt Angeklagten wurden sieben freigesprochen, die übrigen zum außerordentlichen Gericht zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 2 1/2 Jahren verurteilt. Der Hauptangeklagte Goldner erhielt 3 1/2 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust.

20 Proz. Lohnreduktion im Saargebiet

Saarbrücken, 14. Mai. Trotz des Widerstandes aller Arbeiterorganisationen erklärt die Schwerkinderfabrik vom 12. Mai ab einen Lohnabzug von 20 Prozent einreten zu lassen. Da unter der Bergarbeiterschaft wegen der Lohnverhältnisse, sowie wegen des entzogenen Erfolgsurlaubs eine starke Erregung herrscht, ist der Plan eines allgemeinen Ausfluges nicht ausgeschlossen.

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am Pfingstmontag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Aue I — Frankonia I 0:0. Ein sehr interessantes Spiel lieferten diese beiden Mannschaften am Samstag nachmittag auf dem Platz der Frankonia in Karlsruhe. Der sehr ruhige, aber und Spieltechnisch auf beachtenswerter Höhe befindende Wettbewerb endete mit 0:0. Beiden Mannschaften gebührt ein wohlverdientes Lob.

Privatspiele. Palmbach III — Langensteinbach III in Langensteinbach 2:3; Langensteinbach II — Hohenmetersbach II 0:0; Langensteinbach I — Hohenmetersbach I 5:3; beide Spiele in Hohenmetersbach.

Aue I — Mannheim-Neudorf 1:5; Aue II — Rippurt II 7:1; Aue III — Mannheim III 3:2; Aue A. S. — Mannheim A. S. 1:1.

Weitere Sportveranstaltungen

Fußball. Für Samstag hatte der Weiertheimer Fußballverein in Hamburg-Eimsbüttel auf seinem Platz gegeben und vorer nach interessantem Spiel mit 1:3 Toren. Eine sorgfältige holländische Mannschaft, die Amsterdamer Blau-weiß, spielte am Pfingstmontag gegen Bönig auf dessen Platz und konnte mit 4:1 Toren gewinnen.

25-jähriges Jubiläum des Arbeiter-Radsfahrbundes Solidarität

Einen würdigen Verlauf nahm das über die Pfingstfeiertage in Karlsruhe stattgefundene Bundesjubiläum des Arbeiter-Radsfahrbundes „Solidarität“. Der Festakt wickelte sich in der Hauptsache im „Mühlen Krug“ — Garten wie Saal — ab. Die Beteiligung seitens der auswärtigen Vereine war eine recht große trotz der herrschenden wirtschaftlichen Not, selbst aus dem Saargebiet waren zahlreiche Vereine erschienen.

Der Besuch der einzelnen Veranstaltungen dürfte die gehegten Erwartungen vollumfänglich erfüllt haben. Sowohl das Festkonzert am Sonntag mittag und das Festbankett am Abend, sowie Konzert und Festball am Montag zeigten guten Besuch und nahmen einen befriedigenden Verlauf. Die einzelnen radsportlichen Vorführungen am Montag früh — Wertungsreigen, Langsam- und Hindernisfahren — zeigten zum Teil erstklassige Leistungen auf dem Gebiete der Radsportkunst. Ein schönes Bild bot das schnelle Radtorso durch die Stadt, das eine große Beteiligung aufwies und Tausende von Zuschauern anlockte. Auf die ganze Veranstaltung, über die wir noch näher berichten werden, darf die „Solidarität“ mit Stolz zurückblicken.

Die Hauptversammlung des Zweigausschusses Baden für deutsche Jugendherbergen

fand am Sonntag den 8. Mai in Gengenbach statt. Schon der „Werbekreis“ am Samstag, dem eine Sitzung des Verwaltungsausschusses unter Leitung des ersten Vorsitzenden des Zweigausschusses Reg.-Rat Brohm er, Karlsruhe, vorausgegangen war,

war sehr gut besucht. Nach den Begrüßungsworten hielt Univ.-Prof. Günther aus Freiburg einen mit großem Beifall aufgenommenen feierlichen Vortrag über „Natur und Wandern“; er wies dabei auf die bellignere Tatsache hin, daß ein großer Teil unseres Volkes der Natur fremd geworden sei. Im Rathaussaal begann am Sonntag um 10 Uhr unter harter Teilnahme die Hauptversammlung. 53 angeschlossene Verbände waren vertreten. Im Namen des Kultusministeriums sagte Reg.-Rat Brohm er offiziell die Unterstützung der Regierung zu. Der Gedanke der Jugendherbergen müsse zum Volksgedanken werden. Geschäftsführer Höpner, Freiburg, gab ein Bild der Entwicklung des Zweigausschusses. Für den Sommer 1921 stehen 22 Heime zur Verfügung, 30 Hauptverbände zählen bereits zu Mitgliedern, von den „Naturfreunden“ fast alle Ortsgruppen. Bei der Darlegung der Kostenverhältnisse erklärte Weibel, Freiburg, daß die dauernden Ausgaben die finanziellen Leistungen erschöpfen haben. Zur Erfüllung der weiteren Aufgaben sind Stiftungen aus Handel und Industrie, der „Naturfreunde“ usw. erforderlich. Zur Ausgestaltung der inneren Organisation schlug der 2. Vorsitzende, Generalsekretär Gutmann, Freiburg, vor einen Werbeausschuß, einen Finanzausschuß und einen Berberausschuß zu bilden. Ein entsprechender Antrag fand Annahme.

Bei der Wahl des Vorsitzenden wurden die bisherigen Mitglieder sämtlich wiedergewählt. Ein Antrag, das Ministerium des Kultus möge verfügen, daß allmonatlich ein Wandertag für die Jugend abgehalten werde, wurde angenommen.

Am Nachmittag wurde ein kleiner Ausflug in die reizende Umgebung unternommen, bei dem Univ.-Prof. Günther auf das Wohlwollen der Vögel in praktischer Weise einging. Seine Darlegungen fanden außerordentliches Interesse, sie werden zur Vertiefung des Naturgenusses wesentlich beitragen. Die Gengenbacher Tagung, die sich so zu einer der erinnerungswürdigsten gestaltete, hat den Jugendberbergedanken in erfreulichem Maße gefestigt und gefördert.

Der Arbeiter-Turn- und Sport-Bund im Jahre 1920

Der Geschäftsbericht ist sehr reichhaltig und umfaßt 207 Seiten. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß die Turn- und Sportbewegung einen gemäßigten Aufschwung genommen hat. Der Bund hatte im vorletzten Jahre eine Gesamtzunahme von 1250 Vereinen, das ist gegenüber dem Bestande vom 1. Januar 1920 eine Zunahme von 40,8 Prozent. An dieser Zunahme sind beteiligt Turnvereine mit 32,5

Reise- und Sporhaus
Eduard Müller
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165

Beste und billigste Bezugsquelle
:- für sämtliche Sport-Geräte :-

Fussball — Leichtathletik — Turnen — Hockey —
Schwimmen — Rudern — Wandern — Handball
Tennis — Wintersport 2935

Prozent und reine Fußballvereine mit 8,8 Prozent. Der Gesamtbestand des Bundes betrug am 1. Januar 1921 4195 Vereine mit 448 370 Mitgliedern über 14 Jahren und 139 827 Kindern. Das bedeutet gegen 1920 ein Mehr von 105 572 = 30,8 Prozent mit 44 002 Kindern = 45,7 Prozent. Der geschäftsführende Ausschuss erledigte seine Arbeiten in 75 Sitzungen, in denen 752 Gegenstände zur Beratung standen. Diese Gegenstände verteilten sich auf 148 Verwaltung- und 106 Organisations-, 99 geschäftliche und 91 technische Sachen, außerdem 89 Unterstützungs-, bezw. Unfall- und 74 Agitationsfälle, 81 Personal- und 64 behördliche Angelegenheiten. Rechtsachen wurden 19 behandelt und 18mal war das Bundesfest Gegenstand der Beratung. Die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1920 schloßen ab mit einem Minus von 85 1/2 Pfennig. Der Kassenbestand der Bundeskasse betrug im Januar 1921 189 642,21 M. Die Unfallkasse I (ordentliche Unfälle) hat für Unfälle 57 943,20 M.; die Unfallkasse II (außerordentliche Unfälle) 11 447,10 M. ausgezahlt.

Der Umsatz des Arbeiter-Turnverbands A.-G. belief sich im Jahre 1919 auf 1 055 468,77 M., der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr stieg auf 3 913 857,85 M.

An Turn- und Sportveranstaltungen — also ohne Spiel und Fußballspiel — nahmen insgesamt 340 563 Ausübende teil, während 1919 mit samt dem Bundeswertungsturnen nur 94 654 Teilnehmer gezählt wurden.

Die Aufwärtsbewegung im Fußballspiel hat angehalten. Während es am Anfang 1920 26 053 Fußballer waren, sind es am Anfang 1921 55 450 oder 122 Prozent Zunahme mit rund 5800 Mannschaften. Zum erstenmal wurde 1920 die Bundesmeisterschaft ausgetragen; Bundesmeister wurde Turn- und Sportverein Fürth.

Der statistische Bericht über den Mitgliederbestand und den Turnbetrieb innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportbundes umfaßt allein schon 152 Seiten. Sämtliche angeschlossenen Vereine in ganz Deutschland und Oesterreich sind statistisch aufgeführt. Leider haben es einzelne Vereine unterlassen, rechtzeitig den Fragebogen ausgefüllt einzusenden, darunter die Münchener in großer Zahl, es müßten die Ziffern vom vorhergehenden Jahre angenommen werden, gewiß hätte sich noch ein viel glücklicheres Bild ergeben.

In der Zeit vom 10. bis 13. Mai fand in München der 13. Bundestag statt, über den wir nächster Tage berichten werden.

Kinderrandierung der Karlsruher Naturfreunde. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Karlsruhe veranstaltet die diesjährige Kinderrandierung am 22. Mai nach dem Bildpark. In einem an der Lintenseimerallee idyllisch gelegenen Platz soll die übliche Verpflegung sowie die Verabfolgung von Speisen und Getränk wie jedes Jahr, was wohl jedem unserer kleinen Wanderer noch in Erinnerung ist, abgehalten werden. Die Randierung marschiert in 3 Abteilungen. 1. Abt. Treffpunkt Mühlburgerort; 2. Abt. Landesbühnen; 3. Abt. Jorkstraße. Abmarsch sämtlicher Abteilungen um 8 Uhr.

Das Turner-Sängerchor „Frei Heil“ für die freie Turnerschaft, das von Arbeiterturnvereinen so gerne gesungen wird, wurde von dem bekannten Dirigenten und Kapellmeister Willy Giffeler-Karlsruhe vierstimmig komponiert. Es ist zu beziehen durch E. Sattler Nachf., Karlsruhe, Eds. Kaiser- und Badhornstraße.

Englische Eisenbahner und Transportarbeiter für die Verschärfung der Kohlenzölle

London, 14. Mai. Reuters. Eine Versammlung der Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Nach dem Beschluß ist die Sperre auf eingeführte Kohle zu verschärfen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der holländischen und französischen Transportarbeiter besonders auf die Entschließung des internationalen Transportarbeiterbundes auf dem Genfer Kongress hin, der eine Kohlenzölle für England vorschlägt und fordert, daß der Genfer Entschließung die weitreichendste Wirksamkeit verliehen werde.

Der Hezer Poincaré stänkert weiter

Paris, 14. Mai. Poincaré schreibt in der „Revue des Deux Mondes“ die Londoner Konferenz hat leider weder die Hoffnungen Briand noch die meinigen erfüllt. Der Gedanke sei deutlich, daß bei diesem neuen Mißgeschick nicht nur der böse Wille Deutschlands mitgewirkt hat, sondern daß der französische Ministerpräsident auch bei einigen Alliierten auf den Willen zu Zugeständnissen an Deutschland getroffen sei. Bezüglich der Entwaffnungsfrage bemerkt Poincaré, Deutschland bediene sich ungezügelter militärischer Organisationen, um Polen zu bedrohen. Zur Annahme der Bedingungen der Alliierten durch den Reichstag hat Poincaré, es wäre nur natürlich gewesen, wenn die Alliierten als Gegenleistung für die Deutschland gewährten Zugeständnisse sofort materielle Opfer in Besitz genommen hätten.

Verfassungskonflikt in Braunschweig

Braunschweig, 14. Mai. Nachdem der Landtag gestern die Vermittlungsvorschläge des Verfassungskonflikts, wonach die Dauer der gegenwärtigen Landesversammlung nach Verabschiedung des Verfassungsentwurfes nicht über den 15. Mai 1921 hinaus sich erstrecken soll, mit 29 Stimmen der Mehrheit gegen die gleiche Stimmenzahl der Linken abgelehnt hat, haben die Landtagsfraktionen des Landesparlamentes, in einer Eingabe an den Reichspräsidenten die Intervention der Reichsregierung in dem braunschweigischen Verfassungskonflikt nachgesucht.

Wem soll man glauben?

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Breslau widerlegt Karasantsch die Behauptung Leros über das Nichtbestehen eines Abkommens mit den Insurgenten durch die Veröffentlichung eines Tagesbefehls der Demarkationslinie und der Waffenstillstand unterzeichnet worden sei von dem französischen Oberst L. Adam, dem italienischen Oberstleutnant Variggi, dem englischen Hauptmann Gassell und seitens der Polen von den Kommandierenden Haupt, Glemski, Polisz und Lastowski. Dieses Abkommen sei General Leros übermittelte worden.

Der Wechsel im Reichstage

Berlin, 14. Mai. (Telunion.) Der Reichstag weist einen ungewöhnlich starken Abgang und Zugang von Mitgliedern auf. In dem einen Jahr seines Bestehens sind nicht weniger als 31 Reichstagsabgeordnete ausgeschieden und durch neue ersetzt worden. Ein Teil davon entfällt auf die Nachwahlen in den be-

legten Gebieten. Nach der Parteizugehörigkeit schieden aus 15 Sozialdemokraten, 10 Demokraten, 3 Deutschnationale, 2 Deutsche Volksparteiler und 1 Zentrumsmann. Neu traten ein 9 Sozialdemokraten, 7 Deutschnationale, 2 Unabhängige Sozialdemokraten und 2 Kommunisten.

Lloyd George gegen die bolschewistische Propaganda

London, 14. Mai. In Unterhaus erklärte Lloyd George gestern, die englische Regierung beobachte sehr genau die bolschewistische Propaganda und sei bereit, sofortige Aktionen zu unternehmen, wenn sie gerechtfertigt seien, gegen Personen, die die Saat der Revolution in England zu säen versuchen.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Finanzminister Dießing teilte mit, daß nach Annahme des Ultimatus die für die Einwohnerversicherung eingelegten 1 1/2 Millionen Mark im Etat in Wegfall kämen.

Freudenstadt. Bei der Generalversammlung des Verein der Holzinteressen Süddeutschlands wurde über die Frage der Holzlieferung für den Wiederaufbau verhandelt und mitgeteilt, daß bei der kürzlich erfolgten Submission aus Württemberg 9458 Kubikmeter Samitmaterial, aus Bayern 5700 Kubikmeter und aus Baden 2600 Kubikmeter angeboten wurden. Das ist ein Zehntel des von der Entente verlangten Holz. Damit sei der Beweis geliefert, daß die deutsche Holzindustrie zu den von der Entente angebotenen Preisen für den Wiederaufbau in Frankreich, Belgien und Italien einfach nicht zu liefern in der Lage ist.

Frankfurt a. M. Von der Eisenbahnpolizei wurde der Eisenbahnbetriebsrat Paul Schlarb verhaftet. Er hatte einem Karlsruher Schieber eine gefälschte Bescheinigung ausgestellt, woraus dem Schieber eine Einfuhrbewilligung über mehrere Eisenbahnwaggons Jagarren aus der Schweiz ausgefertigt wurde. Diese Einfuhrbewilligung hat der Schieber für 35 000 M. weiterverkauft. Der Eisenbahnbeamte Vosenbender, der ebenfalls an den Manipulationen beteiligt ist, wurde gleichfalls verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hatte schon lange nach den unbekanntem Tätern gesucht.

Frankfurt a. M. Die wirtschaftliche und sozialwissenschaftliche Fakultät hat dem Minister a. D. Conrad Hähnisch in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung der Wissenschaft und Sozialwirtschaft den Grad des Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

Bonn der Zollgrenze. Bei Goldstein hat sich jetzt der erste Zwischenfall ereignet. Als in der Dämmerung ein Jagarnerfuhrer die Zollgrenze überschreiten wollte und das Fuhrwerk auf der Anruf des französischen Wagens nicht hielt, schob ein marokkanischer Soldat das Pferd im Werte von 20 000 M. nieder.

Mainz. Die Handelskammer spricht in einer Entschließung ihr Bedauern darüber aus, daß trotz der Annahme des Ultimatus der Entente die Abzögerung der weiteren Schritte. Sie legt ersuchen dagegen Verwahrung ein und erwartet, daß die das Wirtschaftswesen der Rheinlands schwer bedrückende Zollsystempolitik aufgehoben werde.

Berlin. Der 28 Jahre alte Maschinist Alwin Wieland, seit 1919 mit der Schneiderin Anna Hippel verheiratet, hatte am 17. September 1920 seine Frau, die sich wegen des unsozialen Lebenswandels ihres Mannes von ihm getrennt hatte, mit einem Dolchmesser erstochen. Das Schwurgericht des Landge-

richts II verhängte über ihn, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage wegen Mordes bejaht hatten, die Todesstrafe.

Berlin. Der am 28. April gefällte Schiedspruch im Bankgewerbe ist von den Angestelltenorganisationen angenommen, dagegen von dem Reichsverband der Bankleute abgelehnt worden. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat daraufhin unter Zugleich die Rechtsmittelbelehrung des Schiedspruchs beim Reichsarbeitsministerium beantragt.

Hamburg. Das außerordentliche Schwurgericht verurteilte den Seemann Hermann Knüffen, der mit Leuten der Besatzung im April 1920 den Fischdampfer „Senator Schröder“ nach Russland brachte, nachdem er den Kapitän, den Steuermann und ersten Maschinisten festgesetzt hatte, wegen Schiffstraubs, Meuterei und Freiheitsberaubung zu 5 Jahren Zuchthaus, den Matrosen Heide zu 18 Monaten Gefängnis.

London. Nach erregten Erörterungen hat eine Massenversammlung der Eisenbahner in Glasgow mit überwiegender Mehrheit sich gegen einen Ausstand ausgesprochen.

Washington. Der Kongress hat in beiden Häusern das Gesetz über die Beschränkung der Einwanderung angenommen.

Der Dieb im Schrank

Festnahme des Freundes der „Lebenden Puppe“

Eine merkwürdige Entdeckung machten am letzten Samstag die Angestellten eines Berliner Warenhauses, als sie einen Schrank öffneten. Außer den Sachen, die sie darin suchten, fanden sie auch einen Mann, der sich zunächst ganz still und regungslos verhielt, dann aber doch lebendig wurde. Es war ein Dieb, der sich bestrebt hatte, um zu geeigneter Zeit einen Beutezug durch das Haus zu unternehmen. Man übergab ihn deshalb der Kriminalpolizei. Diese stellte den Namen, den er sich im Warenhaus beigelegt hatte, als falsch fest und entlarbte den Ertrappten als einen Spanier Rou y Serra, einen alten Bekannten, den sie schon einmal mit der „Lebenden Puppe“ zusammen hinter Schloß und Riegel gebracht hatte. Diese „Lebende Puppe“ war eine unterbesserliche Warenhausdiebin Frida Jachmann. Sie hatte vor zwei Jahren in einem Warenhaus, in dem sie sich hatte einschließen lassen, das Angeld, sich am Ende ihres nächtlichen Rundganges den Fuß so schwer zu verstauchen, daß sie nicht mehr gehen konnte. Der Spanier, dem sie vorher alle möglichen Beutestücke aus dem Fenster zugeworfen hatte, konnte ihr nicht helfen, weil er nicht in das Haus hineingelangen konnte. Am nun nicht am nächsten Morgen entbedt zu werden, schleppte sich die Diebin nach einem Narkose, in dem die Kleiderpuppen standen. Hier setzte sie sich mitten unter die Puppen und spielte selbst die Puppe. Die Schmerzen in dem verstauchten Fuße, der immer stärker anschwellte, wurden jedoch so heftig, daß sie ein Stöhnen nicht mehr unterdrücken konnte und nach vier Tagen und Nächten wurde sie unter den toten Gestalten entdeckt. Sie hatte sich, um den Hunger zu stillen, zur Nachtzeit mit der größten Mühe nach dem Lebensmittelschrank und dann in ihr Bett zurückgeschleift und dadurch selbst bewirkt, daß das Leiden immer schlimmer wurde. Jetzt mußte sie zunächst nach der Charité gebracht werden. Nach der Heilung wurde die Unverbesserliche zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, die sie jetzt noch verbüßt. Inzwischen hat ihr Geliebter, der Spanier Rou y Serra, seine Freiheit bereits wiedererlangt. Er ging jetzt allein auf den Diebstahl aus und verfuhr bei der Entdeckung im Schrank im ersten Augenblick die „Lebende Puppe“ nachzuahmen, allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Mai 1921

Neben die beiden Pfingstfeiertage herrichte in ganz Baden unter dem Einflusse hohen Druckes heiteres und trockenes Wetter. Nur vereinzelt ist Gewitter vorgekommen. Wahrend er Nacht hat ein kleiner Luftwirbel Triebung gebracht, die aber bald wieder abgeklungen ist.

Vorausichtliche Witterung bis Mittwoch, 18. Mai, nachts: Meist heiter, trocken, etwas warmer.

Schriftleitung: Georg Schöflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereitsanzeiger

Wiederholungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Turnierabendabteilungen. Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Goethehalle Gartenstraße gemeinsame Turnstunden sämtlicher Turnvereine zwecks Zusammenkunft zum Reichsbundessporttag.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Am Mittwoch, abend 7 Uhr in der „Gambriushalle“ Turnerschaft.

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportartell.) Am Mittwoch, abend 7 Uhr in der „Gambriushalle“ Sitzung, wozu die Anwesenheit sämtlicher Delegierten unbedingt erforderlich ist.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“.) Morgen Mittwoch 1/2 Uhr Einlenkender. Abendspaziergang durch den Wald und Erholung. Familiengehörige freundlichst eingeladen. Freitag Berichterstatterung von der Gau-Generalsversammlung Billingen nach der Singstunde.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgehöte. Eugen Wolbert von hier, Mag.-Arch. hier, mit Klara Hofeizing von Hagsfeld. Ludwig Krumpfleber von Bürgburg, Kaufm. hier, mit Ida Wanner von hier. Karl Meinhof von hier, Zuschläger hier, mit Martha Ibrig von hier. Karl Schmieder von Peterstal, Mag.-Arch. hier, mit Elisabeth Stadler von Mellingen. Adolf Schwörer von hier, Mechaniker hier, mit Apollonia Fischer von Hördl. Josef Thoma von Freiburg, Bäcker hier, mit Verita Günzle Witwe von Gröbningen. Hugo Suhr von Lörach, Obersteuerjäger hier, mit Luise Rang von Lörach. Karl Bergmann von Kilmadach, Pol.-Wachmeister hier, mit Lina Nagel von Anielingen.

Todesfälle. Nikolaus Geng, Student, ledig, alt 21 Jahre. Karoline Haag, Fabr.-Arch., ledig, alt 28 Jahre. Adolf Müller, Witwer, Schreiner, alt 59 Jahre. Elisabeth Kamm, alt 60 J. Witwe von Leopold Kamm, Mag.-Arbeiter.

Advertisement for KNOFF fabrics. Text: Heute Dienstag beginnt unser Waschstoff-Verkauf zu den neuen billigen Preisen! Crepons einfarbig u. gemustert Dirndlstoffe Musseline u. Satin B'wollmusseline in grosser Ausmusterung Voll-Voile einfarbig u. gemustert Besichtigen Sie unsere Fenster!

Das Baden in der Alb betr. Es wird darauf hingewiesen, daß das Baden in der Alb in der Gemarkung Karlsruhe nur auf dem Gelände des erweiterten Litz- und Sonnenbades des Naturheilvereins nachweislich Klein-Rüppurr erlaubt ist.

Herstellung von Bauklüchten im Gelände bei der ehemaligen Karau- und Rheintalbahn nördlich der Kaiserallee betreffend. Die Straßen- und Bauklüchten im Gelände bei der ehemaligen Karau- und Rheintalbahn nördlich der Kaiserallee sind endgültig festgesetzt worden.

Freitag, den 27. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, in den großen Rathhaussaal. Tagesordnung: 1. Gemeindefassung für das städt. Milchsamt (141).

Milchverforgung. Nachdem sich die Milchlieferungen weiterhin gesteigert haben, ist es möglich, den Verordnungsbestimmungen in Reihe B (Kinder von 6-14 Jahren und alte Leute über 70 Jahre) jeden zweiten Tag 1/2 Liter - statt bisher 1/4 Liter - Vollmilch zu verabreichen.

Landwirtschaftskammerwahlen 1921 beir. Für die Wahl der Vertreter der Unternehmer zur Landwirtschaftskammer am 22. Mai 1921 ist aus meinem Wahlbezirk nur eine Wahlvorschlagsliste bei mir eingereicht worden.

Vorhänge, Stores und dergl., von den einfachsten bis zu den feinsten werden auf Neu hergerichtet. Karl Timeus, Fabrik und chemische Wuschanstalt, Marlenstr. 21, Kaiserstr. 68, Tel. 2828, beim Marktplatz, Mäßige Preise.

Bräut-Kränze. W. Eims Nachf., Einige Sortiererinnen. Fe. Dörermann, Zigarren-Fabriken.

Advertisement for Esbu margarine. Text: Fabrik-Niederlage Karlsruhe der Bergisch-Märkischen Margarinewerke F. A. Isserstedt A.-G., Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf. Alleinhersteller der Qualitätmarke. Feinste Süßrahm-Butter. Erstklassige altbewährte Margarine aus allerfeinsten Fetten hergestellt, mit frischer Milch verarbeitet, deshalb wie Tafelbutter zu verwenden.

Table with 2 columns: Gemüse and Obst prices. Items include Kartoffeln, Bohnen, Kohlfalat, Lauch, Mangold, Rabieschen, Wiener, Eisapfen, Rhubarber, Spinaut, Zuertraut, Zwiebeln, Schloten.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe sucht 1155 Aushilfskellnerinnen für Sonntags Fachabteilung für das Wirtsgewerbe. Zähringerstraße 98 - Telefon 5270. Geöffnet von 1/2-4 Uhr. Samstag 1/2-4 1/2 Uhr, Sonntag 10-12 Uhr.

Höchste Preise für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. S. Axelrad, Effentweinstr. 32, 2. St.

Sie wird verbessert! Wer denn?? Ihre Handschrift. Erfolge einfach ungleich! Alter spielt keine Rolle!

Graue Haare entstellen Sie! Haare und Bart erhalten ohne zu schneiden. Ihre ursprüngliche Farbe und Jugendfrische zu erneuern. Gonda-Haarbalsam.

Kragen-wäscherei Schorpp. wäscht und bügelt in altbekannter Ausführung. Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Wanzen und Brut vertilgt restlos nur Kammerjäger Bergs Nicolaas. Erfolg verblüffend. Kinder, anzuw. Dankschreiben von überall.

Durlacher Anzeigen. Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 17. Mai bis 23. Mai 1921.

Brennholzverlosung am Wall. Die Verlosung des im Domänenwald Mittweid und den südlichen Waldungen nach der Verlosung stehenden Holzes findet am Mittwoch, den 18. Mai und Donnerstag, den 19. Mai 1921, vormittags von 7-12 und nachmittags von 1-4 1/2 Uhr bei der Ortstoblenstelle unter folgenden Bedingungen statt:

- 1. Zur Verlosung zugelassen werden nur diejenigen Haushaltungen und Betriebe, die sich auf Grund eines Antrags vom 29. April 1921 bis zum 3. Mai zum Bezug bei uns angemeldet haben. Da die angemeldete Gesamtmenge die zur Verlosung stehende wesentlich übersteigt, müssen etwa 60% festlos eingeteilt werden.

Baden-Baden. Volksbad in der Weststadt. Die Badezeiten sind für Schüler: Mittwoch von 8-12 und 2-7 Uhr. Frauen: Donnerstag von 8-12 und 2-7 Uhr. Freitag nachm. von 2-7 Uhr.

Milch-, Fleisch- und Fett-Verkauf. der noch vorhandenen Vorräte in den Verkaufsstellen 1.8 im südlichen Part, solange der Vorrat reicht. Kondens. ger. Vollmilch p. Dose 7.50. Cornd Beef. Kleine Dose Rindfleisch 5.80. große Dose Rindfleisch 38.00.

Mastatter Anzeigen. Die Kolonrie sind von heute ab folgende: Ruckfloss pro Zentner 26 RM. Schafwoll 25 RM. Verfloss 20 RM. Staubfloss 19 RM.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.